

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 25.09.2025

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 25.09.2025
Beginn:	18:20 Uhr
Ende	21:00 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

anwesend bis nach Ziffer 6.2 ö

anwesend ab 19:32 Uhr, Ziffer 6.1ö

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

ohne die Ziffern 7 - 8 ö

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-
Grünwald

Stadträtin Andrea Schmidt

SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Wolfgang Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Martin Günzel
Stadträtin Bianca Tröge

fraktionslos

Bürgermeisterin Astrid Glos
Stadtrat Lars Goldbach

Ortssprecher

Dieter Pfrenzing

Schriftführerin

Bettina Lode

von der Verwaltung

Verwaltungsrat Frank Winterstein

Berichterstatter

Bauingenieur Oliver Graumann
Hauptamtsleiter Peter Grieb
Verwaltungsinspektor Stefan Münch
Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Gertrud Schwab

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

fraktionslos

Stadtrat Uwe Hartmann

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift zum Stadtrat am 31.07.2025

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.07.2025 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

beschlossen

dafür 24 dagegen 0

**2. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 115 "Einkaufen am Lochweg" mit 9. Änderung des Bebauungsplans Nr. 32 "Schwarzacher Straße Ost" mit 60. Änderung des Flächennutzungsplans für diesen Bereich; hier: Anerkennung Vorentwurf und frühzeitige Beteiligung
Vorlage: 2025/194**

Sachgebietsleiterin Buck nimmt Bezug auf die Historie und informiert, dass sich der Gebietsumgriff aufgrund veränderter Planungen des Investors nun auf das Wesentliche reduziert habe. Auf die Gutachten als Anlage zu Sitzungsvorlage 2025/194 wird außerdem verwiesen.

Stadtrat Paul bekräftigt die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu diesem Projekt. Er habe mit Bürgern aus Etwashausen gesprochen und diese fühlten sich mit den bestehenden Angeboten in Kitzingen ausreichend versorgt. Außerdem hätte die geplante Bebauung eine weitere Lichtsignalanlage zur Folge, welche den ohnehin oft stockenden Verkehrsfluss weiter beeinträchtigen würde.

Stadträtin Schmidt erkundigt sich, warum der Investor die Nahversorgung nicht im gegenüberliegenden Bereich „Neue Gartenstadt“ ansiedle. Auch sie ist der Ansicht, dass die Stadt ausreichend Nahversorger besitzt. Ein weiterer würde den Grad der Versiegelung sowie Überangebot und Entsorgung nicht verkaufter Lebensmittel noch erhöhen.

Stadtrat Dr. Küntzer weist auf die Planungen von Großlangheim, ein neues, großes Gewerbegebiet zu etablieren, hin. Er sei bekanntermaßen gegen das Schaffen weiterer Ampeln, würde jedoch eine an der Ausfahrt aus dem Lochweg auf die Tangente aus Sicherheitsgründen begrüßen.

Oberbürgermeister Güntner führt aus, dass Kitzingen als einwohnerstärkste Gemeinde die Funktion habe, die kleineren umliegenden Gemeinden zu versorgen. Daher halte er unter anderem den relativ neuen Discounter in Mainbernheim für falsch angesiedelt.

Stadtrat Moser vermisst in Kitzingen ein Konzept, gemäß welchem man Ansiedelungen von Gewerbe strukturiert. Es hält es für sinnvoller, gleichartige Angebote (zum Beispiel Autohandel, Wohnen, Handwerk usw.) räumlich zusammenzufassen.

Stadträtin Schmidt stimmt ihm zu – auch sie vermisse hierbei einen „roten Faden“. Sie greift den bereits zuvor gemachten Vorschlag, die Nahversorgung in das geplante urbane Gebiet „Neue Gartenstadt“ einzubinden, erneut auf. Auf der anderen Seite der Tangente könnte dann das Handwerk seinen Platz finden.

Stadtrat May lädt daraufhin seine beiden Vorredner ein, ihre Ideen im Stadtentwicklungsbeirat vorzutragen.

Stadtrat Moser zeigt sich verwundert, dass die Verwaltung, nachdem in der Vergangenheit das Bauvorhaben einer Discounterkette in dem Bereich strikt abgelehnt worden war, das neue Projekt nun unterstütze. Vor allem, das es in ein Überschwemmungsgebiet falle.

Dieser Aussage widerspricht Oberbürgermeister Güntner. Die Planungen wurden an die Verwaltung herangetragen, dem Gremium vorgelegt und von diesem beschlossen. Noch bestehe die Möglichkeit, das Vorhaben zu beenden.

Während Stadtrat Goldbach aufgrund der Lage im Überschwemmungsgebiet und Stadtrat Popp aufgrund seiner Zweifel an der Kompetenz des Büros „Stadt+Handel“ das Vorhaben ebenfalls ablehnen, stimmt Stadtrat Dr. Pfeifle im Namen seiner Fraktion dafür.

beschlossen

dafür 14 dagegen 10

1. Vom Sachvortrag 2025/194 wird Kenntnis genommen.
2. Der ausgearbeitete Vorentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 115 "Einkaufen am Lochweg" mit 9. Änderung des Bebauungsplans Nr. 32 "Schwarzacher Straße Ost" mit Planzeichnung (Anlage 1), textlichen Festsetzungen (Anlage 2), Begründung (Anlage 3), Umweltbericht (Anlage 4) sowie der Entwurf zur 60. Änderung des Flächennutzungsplans für diesen Bereich (Anlage 5) mit Begründung (Anlage 6) und Umweltbericht (Anlage 7) sowie den Anlagen Zwischenbericht saP (Anlage 8), Verkehrsuntersuchung (Anlage 9), Schallimmissionsgutachten (Anlage 10) und Auswirkungsanalyse (Anlage 11) werden vom Stadtrat der Stadt Kitzingen anerkannt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

3. Wohnberechtigungsschein, Erhöhung der Gebühr Vorlage: 2025/195

Die Fraktionen der SPD, ProKT, Bd.90/Die Grünen sowie Bürgermeisterin Glos lehnen eine Erhöhung der Gebühr für das Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheins ab, da dies die sozial Schwächsten trafe und der monetäre Gewinn für die Verwaltung marginal wäre.

abgelehnt dafür 3 dagegen 21

1. Vom Sachvortrag 2025/195 wird Kenntnis genommen.
2. Die Gebühr wird von € 7,50 auf € 15,00 pro Wohnberechtigungsschein erhöht.
3. Die Erhöhung findet ab 01.10.2025 Anwendung.

4. Übertragung der Aufgaben des Standesamtes Kitzingen- Verwaltungsgemeinschaft (KT-VGem) an das Standesamt Kitzingen Vorlage: 2025/192

Oberbürgermeister Güntner informiert, dass die VGem die standesamtlichen Aufgaben an die Stadt Kitzingen abgeben wolle. Die Verwaltung könnte diese Mehrung fachlich und personell stemmen.

Amtsleiter Winterstein ergänzt, dass das Personenstandsrecht in den vergangenen Jahren immer komplizierter geworden sei. Zudem sei die ständige Anwesenheit eines Beamten der 3. Qualifikationsebene oder eines Verwaltungsfachwirtes erforderlich. Dies sei in den meisten kleineren Kommunen kaum zu gewährleisten. Daher gehe die Tendenz zur Zentralisierung der standesamtlichen Aufgaben.

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2025/192 wird Kenntnis genommen.
2. Der Übertragung der Aufgaben des Standesamtes Kitzingen-VGem auf die Stadt Kitzingen im Rahmen der sog. „Großen Übertragung“ zum 01.01.2026 wird zugestimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigelegte „Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben des Standesamtes Kitzingen-Verwaltungsgemeinschaft auf das Standesamt der

Großen Kreisstadt Kitzingen gemäß Art. 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG)“ mit der Verwaltungsgemeinschaft Kitzingen zu unterzeichnen.

**5. Kindergarten St. Johannes;
Antrag des Caritasverbandes für den Landkreis Kitzingen e. V. auf
Defizitübernahme; Vorlage: 2025/187**

Oberbürgermeister Güntner informiert über den Hintergrund des Defizites. Der Kindergarten habe in der Vergangenheit aufgrund Personalmangels überqualifizierte Mitarbeiter einstellen müssen. Die Leitung sei dabei, den Schlüssel wieder anzupassen und das Defizit weiter zu senken.

Dass die neue Vereinbarung grundsätzlich funktioniere, werde an den Zahlen des Kindergartens St. Elisabeth deutlich.

Stadtrat Dr. Küntzer bittet um Zustimmung zur Defizitübernahme, da sonst die Gefahr bestehe, dass sich der Träger zurückzieht.

Stadtrat Volk zeige sich damit nicht einverstanden. Er halte dies für das falsche Signal. Die Kindergartenleitung habe so keinen Anreiz, ordentlich zu wirtschaften.

Die Fraktion Bd. 90/ Die Grünen bitten um Zustimmung und weisen darauf hin, dass es Kommunen gebe, welche 100% des Defizits tragen.

Oberbürgermeister Güntner stellt Ziffer 2a des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

beschlossen dafür 24 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2a) Dem Antrag des Caritasverbandes für den Landkreis Kitzingen e. V. wird zugestimmt und das Defizit des Kindergartens St. Johannes für das Jahr 2024 in Höhe von 121.612,69 € ausgeglichen. Die Differenz zur bereits gezahlten Defizitübernahme (70.492,07 €) in Höhe von 51.120,62 € wird an den Caritasverband für den Landkreis Kitzingen e. V. als Träger des Kindergartens St. Johannes ausgezahlt.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel stehen auf der Haushaltsstelle 4641.7183 im Haushaltsjahr 2025 zur Verfügung.

6. Multifunktionshaus Jugend und Familie

6.1. Vorstellung des Nutzungskonzepts

Sachgebietsleiter Kulczynski berichtet über sehr gute erste Erfahrungen in der „Opening week“ des Haus für Jugend und Familie (HfJuF). Täglich seien ca. 40 bis 50 Jugendliche gekommen und hätten positives Feedback gegeben. Außerdem hätten bereits 3 Wochen Ferienprogramm im Haus stattgefunden.

Die AGS sei ebenfalls seit 2 bis 3 Wochen ins HfJuF umgezogen und laste die Räume entsprechend aus.

Daher sei sein aktuelles Fazit, dass das HfJuF so angenommen und genutzt werde, wie es gewünscht worden sei.

Nach den einleitenden Worten erläutert er das Nutzungskonzept anhand Anlage 1 zu dieser Ziffer der Sitzungsvorlage und beantwortet Fragen des Gremiums.

- jungStil bleibe weiterhin auch in der Siedlung vertreten. Beide Standorte würden zukünftig an 4 Tagen die Woche geöffnet sein.
- Bikepark: Dort würden ein Carport und eine stabile abschließbare Hütte Sinn machen. Es wird vorgeschlagen, hierfür Sponsoren zu suchen.
- Haltung der Anwohner: SG 14 stehe mit den Anwohnern in Kontakt und das solle auch so bleiben. Man gehe davon aus, dass die Geräusche aus dem Inneren aufgrund des hervorragenden Schallschutzes kaum hörbar sein werden.
Oberbürgermeister Güntner fügt an, dass man die Parkregelung in der Jahnstraße überdenke und erwäge, das Parken im unteren Bereich der Straße zu untersagen.
- Politische Bildung: Man wolle zudem versuchen, den Bezug zur Stadt zu stärken und das Interesse an kommunaler Teilhabe zu wecken. Eventuell könne so zukünftig wieder einen Jugendstadtrat oder sogar eine Junge Liste aus diesen Jugendlichen entstehen.
Für Oberbürgermeister Güntner wäre ein Stadtratskandidat aus dieser Gruppe ein lohnenswertes Ziel.
- Miete: Veranstaltungen von oder für Jugendliche seien kostenlos, andere müssten bezahlen. Für erstere würde das bestehende Budget „Jugendforum“ umbenannt und genutzt werden. Für Anmietungen für Geburtstage u.ä. sei man noch nicht sicher, in welcher Höhe Kosten und Kautions erhoben werden. Dies sei noch zu erarbeiten.

Stadtrat Dr. Küntzer und Bürgermeisterin Glos sprechen ein Lob für die Arbeit von SG 14 und das Konzept aus. Bürgermeisterin Glos verweist zudem auf die breite Palette an Angeboten, welche das HfJuF bereits kurz nach der Eröffnung vorzuweisen habe.

Ohne Abstimmung

6.2. Multifunktionshaus für Jugend und Familie (HfJuF); hier: Grundsatzbeschluss zu Haushaltsmitteln Vorlage: 2025/180

Bauamtsleiter Graumann führt in das Thema ein und erläutert die wirtschaftlichen und weltpolitischen Hintergründe für Kostenerhöhung von ursprünglich geschätzten ca. 9,5 Mio. Euro auf über 13 Mio. Euro. Hierzu zählten unter anderem der Baukostensteigerungsindex, Energiekosten sowie der Angriff auf die Ukraine. Zudem hätten Änderungen an der ursprünglichen Planung, wie zum Beispiel die Verschiebung des Baukörpers um Schutz der Bäume entlang der Jahnstraße, ebenfalls zusätzliche Kosten verursacht.

Die Stadträte Paul, Moser und Markert monieren die schlechte Informationspolitik der Stadtverwaltung. Es wird betont, dass Konzeption und Sinn des Hauses unstrittig seien, allerdings wird dringend eine offene Kommunikation und mehr Transparenz gefordert. Im Berichtswesen sei noch von ca. 11 Mio. Euro die Rede gewesen, nun beliefen sich die Ausgaben auf 13 Mio. Euro. Die Räte üben weitere Kritik an dem Vorgehen der Verwaltung.

Bezugnehmend auf den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wird betont, dass man zukünftig zu Beginn einer Maßnahme auf einer kompletten Übersicht aller Gewerke und der für diese geplanten Kosten bestehe.

Stadtrat Rank erachtet die Kritik der anderen Stadträte als wenig fair. Auch er lobt das Konzept und erinnert, dass sich das Gremium für ein Luxusgebäude entschieden habe. Das habe seinen Preis. Wenn eine Maßnahme erst begonnen habe, sei es fast

unmöglich, auf die Kosten Einfluss zu nehmen.

Stadtrat Popp erinnert an seine mahnenden Worte hinsichtlich dieses Projektes. Nun hätten sich diese bewahrheitet.

Stadtrat Dr. Pfeifle erkundigt sich, warum nicht zu Projektbeginn 80% der Gewerke ausgeschrieben worden seien. Zu diesem Zeitpunkt wären die Preise noch niedriger gewesen und man hätte somit sehr viel Geld gespart.

Hätte man dies getan, so Sachgebietsleiter Münch, wären fast alle finanziellen Mittel des betreffenden Haushaltsjahres durch das HfJuF gebunden worden.

Sachgebietsleiter Schrauth ergänzt, dass Ausschreibungen sehr zeitaufwändig seien. Daher sei es üblich, 3 bis 4 Gewerke zusammenzufassen und gebündelt auszuschreiben.

Stadtrat Dr. Pfeifle hält an seinem Einwand fest und schlägt vor, bei größeren Maßnahmen einen Projektsteuerer zu beauftragen.

beschlossen dafür 19 dagegen 6

1. Vom Sachvortrag 2025/180 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Haus für Jugend und Familie inklusive Radlernerst werden Mittel von insgesamt 13,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die in dem Stadtratsbeschluss vom 10.12.2020 genannten Gesamtkosten von 9,5 Mio. € werden um 3,6 Mio. € erweitert.
3. Im Rahmen der Gesamtkosten von 13,1 Mio. € wird für das Haushaltsjahr 2025 eine Haushaltsüberschreitung für folgende Haushaltsstelle genehmigt:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VmHh 4605.9420	Stadtjugendpflege - jungStil	3.785.900 €	675.000 €
	Gebäudeneubau, Neubau Haus fürJugend und Familie		
	Bisher bereitgestellt (durch Dringlichkeitsentscheidung (SiVo 2025/181)):		<u>325.000 €</u>
	Gesamt:		1.000.000 €

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt über Minderausgaben bei HSt. 1.6300.9562 – Breslauer Straße – Straßenausbau, Bau- und Nebenkosten (400.000 €) und HSt. 6306.9592 – Gemeindestraßen; Umgestaltung Bahnhofsvorplatz, Baunebenkosten: Tiefbau, Wachstum u. nachh. Erneuerung Baunebenkosten (275.000 €). Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, entsprechende Deckungsvorschläge für die o. g. Haushaltsüberschreitung, soweit dies haushaltsrechtlich erforderlich ist, zu ändern.

**6.3. Haushaltsüberschreitung;
hier: Kenntnisnahme der erfolgten Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: 2025/181**

Es gibt keine Fragen und Einwände seitens des Gremiums.

beschlossen dafür 24 dagegen 0

Kenntnisnahme:

1. Vom Sachvortrag 2025/181 wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Haushaltsjahr 2025 eine Haushaltsüberschreitung bei folgender Haushaltsstelle genehmigt wurde:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VmHh 4605 9420	Stadtjugendpflege - jungStil	3.785.900 €	325.000 €
	-, Gebäudeneubau, Neubau Haus für Jugend und Familie		
	Bisher bereitgestellt: Gesamt:		0 € 325.000 €

Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben beifolgenden HSt.:

- 1300 9450 – Feuerwehren, Erweiterungs-, Um- und Ausbau- Maßnahme, 2025: Erw. Fahrzeughalle FWGH gem. StR-Beschluss v. 22.02.24 in Höhe von 139.824 €
- 1300 9451 – Feuerwehren, Erweiterungs-, Um- und Ausbau Maßnahme, Neubau FWGH Hohenfeld in Höhe von 10.000 €
- 1301 9450 - Feuerwehren – Photovoltaikanlagen, Erweiterungs-, Um- und Ausbau- Maßnahme, Einbau v. 3 PV-Anlagen gem. StR-Beschluss v. 27.07.23 in Höhe von 29.400 €
- 3211 9450 - Städtisches Archiv, Erweiterungs-, Um- und Ausbau- Maßnahme, 2025: Erweiterung Archivanlage 2023/2024: Planungskosten in Höhe von 18.496 €
- 5651 9630 - Florian-Geyer-Sporthalle, Betriebstechnische Anlagen, Sanierung techn. Anlagen 510.000 € in Höhe von 30.290 €
- 7515 9450 - Einrichtung des Bestattungswesens - Friedhof Repperndorf, Erweiterungs-, Um- und Ausbau- Maßnahme, Barrierefreies WC, insg. 55.000 € in Höhe von 55.000 €
- 6306 9592 - Gemeindestraßen - Umgestaltung Bahnhofsvorplatz, Baunebenkosten: Tiefbau, Wachstum u. nachh. Erneuerung Baunebenkosten ges. 2,904 Mio € in Höhe von 41.990 €

7. **Haushaltsüberschreitung für das Jahr 2025: HSt. 0331.8412 - Stadtkasse, Verzinsung von Steuererstattungen, Gewerbesteuer; hier: weitere Mittelbereitstellung und Kenntnisnahme Dringlichkeitsentscheidung; Vorlage: 2025/190**

Es gibt keine Fragen und Einwände seitens des Gremiums.

beschlossen dafür 23 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2025/190 wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass für das Haushaltsjahr 2025 eine Haushaltsüberschreitung bei folgender Haushaltsstelle genehmigt wurde:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VerwHh 0331 8412	Stadtkasse, Verzinsung von Steuererstattungen, Gewerbesteuer	8.000 €	22.508,00 €
	Bisher bereitgestellt:		37.000,00 €
	Gesamt:		59.508,00 €

Die Deckung der o. g. Haushaltsüberschreitung erfolgt über die Haushaltsstelle 9000.0010 Steuern, allgemeine Zuweisung und allgemeine Umlagen, Grundsteuer B, Hebesatz 280 v.H.

3. Für das Haushaltsjahr 2025 wird bei folgender Haushaltsstelle eine weitere Haushaltsüberschreitung genehmigt:

HSt.	Bezeichnung	Ansatz	Überschreitung
VerwHh 0331 8412	Stadtkasse, Verzinsung von Steuererstattungen, Gewerbesteuer	8.000 €	30.000,00 €
	Bisher bereitgestellt:		59.508,00 €
	Gesamt:		89.508,00 €

Die Deckung der o. g. Haushaltsüberschreitung erfolgt über die Haushaltsstelle 9000.0010 Steuern, allgemeine Zuweisung und allgemeine Umlagen, Grundsteuer B, Hebesatz 280 v.H.

**8. Erweiterung Kindertageseinrichtung Etwashausen;
hier: Auftragsvergabe Lufttechnische Anlagen
Vorlage: 2025/179**

Auf die nichtöffentliche Vorberatung wird verwiesen.

beschlossen dafür 23 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2025/179 wird Kenntnis genommen.
 2. Der Auftrag für die Lufttechnischen Anlagen für die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Etwashausen wird an die Firma ESW Luft- und Klimatechnik GmbH, 73749 Ellwangen vergeben.
Die geprüfte Angebotssumme beträgt 358.541,69 € brutto (mit Wartung). Die zu beauftragende Summe beträgt 336.994,36 € brutto (ohne Wartung).
- 9. Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen; hier: Antrag auf Errichtung eines Naturkindergartens im Bereich der südlich gelegenen Grundstücke der Armin-Knab-Straße**
Vorlage: 2025/188

Nach den einleitenden Worten von Stadträtin Schmidt erkundigt sich Oberbürgermeister Güntner, ob der Kindergarten zwingend auf dem von ihr vorgeschlagenen Grundstück realisiert werden solle, oder ob die Stadt eine alternative Fläche in der Nähe vorschlagen dürfe.
Die Antragstellerin stimmt dem Vorgehen unter der Voraussetzung zu, dass sie in die Suche miteinbezogen werde.

Oberbürgermeister Güntner stellt den angepassten Beschlussentwurf zur Abstimmung.

beschlossen dafür 24 dagegen 0

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines Naturkindergartens im Bereich der Armin-Knab-Straße / im Umfelds des Sickergrundstadions zu prüfen und die dafür erforderlichen Schritte einzuleiten. Mit der Frage des Standortes wird der Stadtrat wieder befasst.

10. Berichtswesen

Oberbürgermeister Güntner verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat am 25.09.2025.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

10.1. Lfd.Nr. 12 Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungsplan

Rechtsdirektorin Schmöger führt auf Nachfrage aus, dass der Vorhabenträger die Verwaltung gebeten habe, einen Durchführungsvertrag zu entwerfen. Sie sei dem Wunsch nachgekommen und nun warte man auf die Rückmeldung.

11. Sonstiges

11.1. Parksituation am Sportgelände Repperndorf - Wortmeldung Stadtrat Markert

Stadtrat Markert informiert, dass bei Sportveranstaltungen oft so geparkt werde, dass Rettungskräfte schwer durchkämen.
Oberbürgermeister Güntner werde Amtsleiter Winterstein um die Prüfung der verkehrlichen Zustände am Sportgelände bei Veranstaltungen bitten.

11.2. Car Sharing - Wortmeldung Bürgermeisterin Glos

Bürgermeisterin Glos erinnert Hauptamtsleiter Grieb an Ihre Bitte, die Nutzungszahlen des Car Sharings mitzuteilen. Sie habe bereits vor der Sommerpause darum gebeten. Dieser werde dem Wunsch nachkommen.

11.3. Sachstand Verhandlungen mit BVS - Wortmeldung Stadtrat Paul

Stadtrat Paul nimmt Bezug auf den Artikel über die BVS einer Ausgabe der „Main-Post“ und erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen.

Oberbürgermeister Güntner bedauert, dass es keine neuen Informationen habe. Auf seine letzte E-Mail habe er keine Antwort erhalten. Er wolle jedoch nicht aufgeben und habe deshalb den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände über den Ablauf informiert. Zwar habe er Verständnis, dass es bei einem Vorstandswechsel zu Änderung komme, aber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sollte vertrauenswürdig sein.

11.4. Sicherung der Baustelle in der Breslauer Straße - Wortmeldung Stadträtin Schmidt

Stadträtin Schmidt beklagt die mangelnde Sicherung der Baustelle in der Breslauer Straße.

Ein Loch im Boden sei nur provisorisch durch ein Straßenschild abgedeckt gewesen und ein Kasten rage in den Fußweg.

Oberbürgermeister Güntner werde die Sicherung der Baustelle prüfen lassen.

11.5. Kindergartenplätze - Wortmeldung Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald

Dr. Kramer-Grünwald erkundigt sich nach den aktuellen Zahlen der Bedarfsermittlung für Kiga-Plätze.

Laut Hauptamtsleiter Grieb würden aktuell 109 Kinderbetreuungsplätze fehlen, die Prognose spräche von einem Minus an 260 Plätzen in 13 Monaten. Für die Kindertagenaufsicht sei dies hinnehmbar, solange die Verwaltung bemüht bleibe, neue Plätze zu schaffen. Laut der Rechtsaufsicht sei den Eltern 30 Minuten Fahrweg innerhalb des Landkreises zuzumuten. Der Betreuungsschlüssel verschlechtere sich kontinuierlich. Die Stadt sei natürlich bestrebt, weitere Plätze zu generieren.

Bürgermeisterin Glos weist darauf hin, dass in vielen Familien ein Elternteil nicht arbeiten gehen könne, weil es nicht ausreichend Betreuungsplätze gebe.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Bettina Lode